

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

2009212/5

Dezernat: <b>Dezernat 6</b>	aktuelles Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am: <b>10.09.2009</b> TOP: <b>2.10</b>
Amt: <b>Bereich 061</b>	öffentlich <b>ja</b>	Vorlagen-Nr.: <b>2009212/5</b>
	Az.:	erstellt am: <b>10.08.2009</b>

### Betreff

**27. Änderung Flächennutzungsplan (FNP) "Photovoltaikanlage 2 auf dem ehemaligen Militärflugplatz" der Stadt Köthen (Anhalt) - hier: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) - Abwägungsbeschluss**

### Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	25.08.2009: Ortschaftsrat Wülknitz	25.08.2009	laut BV
2	27.08.2009: Bau- und Umweltausschuss	27.08.2009	laut BV
3	31.08.2009: Ortschaftsrat Baasdorf	31.08.2009	laut BV
4	01.09.2009: Hauptausschuss	01.09.2009	laut BV
5	10.09.2009: Stadtrat	10.09.2009	laut BV

### Beschlussentwurf

- Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange entsprechend dem zu diesem Beschluss vorliegenden Abwägungsprotokoll (Anlage 2) werden auf der Planzeichnung folgende Korrekturen vorgenommen.
  - In der Planzeichenerklärung wird "Sonstige Planzeichen" durch "Nachrichtliche Übernahmen" ersetzt; die beiden Planzeichen Nr. 12.1 "Flächen für die Landwirtschaft" und Nr. 13.1 "Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft" werden zusammengefasst und als "Nachrichtliche Übernahme" aufgeführt.
- Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange entsprechend dem vorliegenden Abwägungsprotokoll (Anlage 2) wird die Begründung zur 27. Änderung des Flächennutzungsplanes wie folgt geändert und ergänzt:

- 2.1. Kap. 4.4 "Altlasten der Begründung Teil I" - Hier wird das Gutachten zur Bodenuntersuchung aufgeführt und das Ergebnis der aktuell erzielten Befunde eingefügt.

"Im Ergebnis der aktuell erzielten Befunde der Gelände- und Laborarbeiten wurden folgende Aussagen/Schlussfolgerungen getroffen:

- Es liegen keine relevanten Bodenbelastungen vor. Der pauschale Altlastenverdacht in Bezug auf die Tangierung der KF B1 und KF B26 hat sich demnach nicht bestätigt.
- In Bezug auf die geplante gewerbliche Nutzung durch eine Photovoltaikanlage können keine Gefährdungsaspekte für die verschiedenen Schutzgüter, insbesondere für das Schutzgut Grundwasser unter dem Aspekt der Versickerung von Niederschlagsgewässern, abgeleitet werden. Aus fachlicher Sicht ergibt sich letztlich kein Erfordernis hinsichtlich Einschränkungen der vorgesehenen Baumaßnahme und späteren Nutzung oder anderweitiger kontaminationsbedingter Handlungserfordernisse.

Für diesen Teilbereich des Plangebietes ist somit keine Kennzeichnung als Fläche, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, erforderlich.

- 2.2. Kap. 3.1.4 "Wasser" der Begründung Teil II - Umweltbericht wird dahingehend geändert, dass sich im Plangebiet ein Brunnen befindet.  
(Anlage 2, Seite 10; Stellungnahme Landkreis Anhalt-Bitterfeld)

- 2.3. Kap. 6.5 "Abfallbeseitigung" der Begründung Teil I wird folgendermaßen geändert:  
"Die Entsorgung der anfallenden Abfälle erfolgt durch den vom Landkreis Anhalt-Bitterfeld beauftragten Dritten".  
(Anlage 2, Seite 10; Stellungnahme Landkreis Anhalt-Bitterfeld)

- 2.4. Die Erlaubnis zur Vervielfältigung wurde in der Anlage 1, Blatt 1, nachgetragen.  
(Anlage 2, Seite 26, Stellungnahme Landesamt für Vermessung und Geoinformation)

- 2.5. Kap. 6.2 "Wasserwirtschaftliche Erschließung der Begründung Teil I wird um folgenden Passus ergänzt:

"2007 wurde ein Wasserzählerschacht in der Baasdorfer Straße für den Trinkwasseranschluss DN 50 der Firma WIMEX installiert."  
(Anlage 2, Seite 37; Stellungnahme der MIDEWA GmbH)

- 2.6. Kap. 6.2 "Wasserwirtschaftliche Erschließung" wird dahingehend geändert bzw. ergänzt, dass der Abwasserverband Köthen für die Entsorgung des anfallenden Abwassers in den Gemarkungen Köthen und Baasdorf zuständig ist. Für die Gemarkung Wülknitz ist der Abwasserzweckverband "Ziethetal" zuständig.  
(Anlage 2, Seite 41; Stellungnahme des Abwasserverbandes Köthen)

3. Den übrigen Stellungnahmen wird nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange nicht entsprochen. Eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist nicht erforderlich.

#### **Gesetzliche Grundlagen:**

§§ 1 - 10 Baugesetzbuch (BauGB); §§ 4, 44 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA)



## **Darlegung des Sachverhalts / Begründung**

### 1. Verfahrensstand

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) hat am 11.06.09 in öffentlicher Sitzung die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen geprüft sowie den Planentwurf der 27. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung gebilligt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB beschlossen (Beschluss Nr. 09/StR/35/005).

Der Entwurf der 27. Änderung des Flächennutzungsplanes, die Begründung und die vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom 19.06.2009 bis 20.07.2009 in der Stadtverwaltung Köthen (Anhalt) öffentlich ausgelegen.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Absatz 2 BauGB mit Schreiben vom 12.06.2009 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

### 2. Auswertung der öffentlichen Auslegung

Während der Auslegungsfrist wurden keine Stellungnahmen von Bürgern abgegeben.

### 3. Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB)

Es wurden 49 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, darunter 18 Nachbargemeinden nach § 4 (2) BauGB schriftlich um Stellungnahme zum Entwurf der 27. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Köthen (Anhalt) gebeten.

26 Behörden und Träger öffentlicher Belange haben eine Stellungnahme zum Entwurf abgegeben. Die Liste der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist der Beschlussvorlage in Anlage 1 beigefügt.

### 4. Abwägungsvorschläge

Die Abwägungsvorschläge wurden protokolliert und sind der Beschlussvorlage in der Anlage 2 beigefügt. Da einige Träger öffentlicher Belange ihre Stellungnahme nur im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung abgegeben haben, wurden die Stellungnahmen dieser TÖB ebenfalls in die Abwägung eingestellt. Entsprechend den Abwägungsergebnissen werden Änderungen bzw. Korrekturen der Begründung vorgeschlagen. In der Anlage 2 sind diese mit Fettdruck hervorgehoben.

Die Verwaltung schlägt vor, die Beschlüsse zur Abwägung entsprechend den Beschlussentwürfen zu fassen. Eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist nicht erforderlich.

### **Anlagen:**

Anlage 1 - Liste der beteiligten Behörden und TÖB

Anlage 2 - Abwägungsvorschläge Behörden und Nachbargemeinden nach der Öffentlichkeitsbeteiligung